

Zwischen staatlichem Souveränitätsanspruch und menschenrechtlichen Anforderungen

Migrationspolitik in der Wertegemeinschaft EU

Die Wahrung der gleichen Würde aller Menschen durch Achtung, Schutz und Gewährleistung liberaler Abwehrrechte, sozialer Anspruchsrechte und politischer Mitwirkungsrechte bildet die normative Basis der EU als Wertegemeinschaft. Im Bereich der Migrationspolitik werden weder die EU noch ihre Mitgliedstaaten diesen Ansprüchen auch nur ansatzweise gerecht. Notwendige Reformbemühungen haben sich deshalb an den Prinzipien der Menschenwürde und der Menschenrechte zu orientieren, um möglichst allen Personen ein selbstbestimmtes Leben in ihrer jeweiligen Gesellschaft zu ermöglichen.

Migration als globale Herausforderung

Nach Angaben der International Organization for Migration (IOM) lebten im Jahr 2020 insgesamt 281 Mio. Menschen außerhalb ihres Geburtslandes. Dies entspricht 3,6% der Weltbevölkerung. Die beliebtesten Zielkontinente waren Europa (87 Mio.) und Asien (86 Mio.). Die am stärksten frequentierten Zielländer sind nach wie vor mit 51 Mio. Menschen die USA, gefolgt von Deutschland (16 Mio.) und Saudi-Arabien (13 Mio.).

Die größte Gruppe der Migrant:innen sind Wanderarbeitnehmer:innen mit 169 Mio. Personen im Vor-Corona-Jahr 2019. Dies sind in der Regel Menschen, deren Arbeitskraft in den Zielländern aus ökonomischen oder demografischen Gründen explizit erwünscht ist. Kontrovers diskutiert wird hingegen über jene 89 Mio. Menschen, die im Jahr 2020 aus ihrer Heimat aufgrund von Konflikten, Gewalt oder Katastrophen vertrieben wurden. Sie nehmen nur selten weite Wege in Kauf.

Der überwiegende Teil (55 Mio.) blieb innerhalb der Grenzen ihres Heimatlandes. Von den gut 30 Mio., die als Flüchtlinge oder Asylbewerber:innen die Grenzen ihres Heimatstaates verließen, wurden 73% in Nachbarländern aufgenommen. Aus diesem Grund ist seit dem Syrienkrieg die Türkei mit etwa 3,5 Mio. Geflüchteten das größte Aufnahmeland.

Der Krieg in der Ukraine, die Ereignisse in Afghanistan und anderen Krisenregionen der Welt ließen die Zahl der Vertriebenen auf mittlerweile mehr als 100 Mio. weltweit steigen, was auch in Westeuropa zu einer Zunahme der aufgenommenen Geflüchteten im Jahr 2022 auf 12,4 Mio. führte. Analog stieg auch in Deutschland die Zahl der aufgenommenen Geflüchteten auf 2,1 Mio. im Jahr 2022, was 6% aller weltweiten Flüchtlinge entspricht. Auch wenn die Zahlen, absolut betrachtet, in den vergangenen beiden Jahren deutlich gestiegen sind, relativieren sie sich



Markus Babo

im globalen Kontext erkennbar. Katastrophenszenarien, wie sie leider seit Jahrzehnten immer wieder in der Populärretorik zur kurzfristigen Stimmungsmache bemüht werden, fehlt nicht nur jedwedes empirische Fundament, sondern sie tragen dazu bei, dass unterschiedliche Gruppen gegeneinander ausgespielt werden und dadurch das gesellschaftliche Zusammenleben vergiftet wird.



Eine verantwortliche Politik macht nicht Stimmung zu Lasten von Menschen

Eine verantwortliche Politik macht nicht Stimmung zu Lasten von Menschen, sondern wird *sine ira et studio* den Rechten und Interessen der eigenen Bürger ebenso gerecht zu werden versuchen wie denen der Zuwandernden und der internationalen Staatengemeinschaft. Dies erfordert neben der Berücksichtigung con- und prosolidarischer Pflichten auch Abwägungspro-